

Mein NEWSLETTER



Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisabgeordneter für MSP & MIL
Betreuungsabgeordneter für WÜ & AB



Mai 2019

Liebe Leserinnen und Leser,

es wird Zeit, dass Ostern wird. Nicht nur, weil wir uns die Sonne und warme Temperaturen wünschen und ich als Christ weiß, dass wir nicht verloren sind und immer wieder aufgefangen werden. Dieses Jahr sehne ich mir Ostern besonders herbei, weil ich einfach ein paar Tage Ruhe brauche.

Die letzte Zeit war geprägt von zwei Doppelblöcken in Berlin. Also zwei Wochen Bundestag, eine Woche Wahlkreis und dann wieder zwei Wochen Berlin. Was in eine solche Wahlkreiswoche passt, lesen Sie auf den folgenden Seiten. Ich war wieder viel unterwegs: Die Grundrente und die sich verändernde Arbeitswelt mit all der Digitalisierung sind Themen, die die Menschen interessieren und die mich in Berlin genauso wie vor Ort beschäftigt haben.

Ich wünsche Ihnen ein frohes Osterfest, ein paar entspannte Tage und dann geben wir alles bis zum **26. Mai!** Aus zwei Gründen: Die **Europawahl** entscheidet über die Zukunft unserer Gemeinschaft. Stärken wir sie oder gewinnen die Rechtspopulisten. Und genau so wichtig ist, dass Franken mit **Kerstin Westphal** weiterhin eine Stimme im Europaparlament hat.

Viel Spaß beim Lesen!

Ihr



INHALT

- 2 Den Zoll stärken
- 3 Klartext: Kämpfen für den Mindestlohn
- 3 Im Einsatz für gute Arbeit
- 6 Unterwegs in Unterfranken und Berlin
- 11 Fabians Post aus den USA
- 12 Europawahl 2019: Gastbeitrag von Kerstin Westphal
- 13 Gastbeiträge unserer MdLs

KONTAKT/IMPRESSUM

Bürgerbüro Gemünden

Obertorstraße 13
97737 Gemünden
Tel. 09351 6036563
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 227 73434
bernd.ruetzel@bundestag.de

www.bernd-ruetzel.de

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB
Obertorstr. 13, 97737 Gemünden



Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



DEN ZOLL STÄRKEN

Illegale Beschäftigung, Schwarzarbeit und Sozialleistungsbetrug schädigen die Gemeinschaft und Beschäftigte. Durch Steuerbetrug fehlen jährlich Milliardenbeträge für Kindergärten, Schulen, Straßen oder sozialen Wohnungsbau.



Betroffene Beschäftigte werden häufig ausgebeutet und arbeiten zu menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen. Dagegen gehen wir vor, mit einem neuen Gesetz gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmisbrauch. Wir stärken den Zoll personell und in seinen Befugnissen, damit er wirksamer durchgreifen kann.

Passend zur ersten Lesung des Gesetzentwurfs unseres Bundesfinanzministers Olaf Scholz (SPD), konnte ich an den Berufsinformationstagen Main-Spessart in Gemünden Beschäftigte des Hauptzollamtes Schweinfurt sprechen.



Zu den Aufgaben des Zoll gehört auch die Überprüfung von Unternehmen auf die Frage, ob diese den aktuellen **Mindestlohn** von 9,19 Euro pro Stunde tatsächlich bezahlen.

Wie das Bundesfinanzministerium erst vor Kurzem mitteilte, hat der Zoll 2018 fünfmal so viele Verstöße gegen das Mindestlohngesetz aufgedeckt, wie im Jahr seiner Einführung. Während 2015 noch 1316 Verstöße gegen das Mindestlohngesetz aufgedeckt wurden, sind die Verstöße im Jahr 2018 auf 6220 Fälle gestiegen.



Bei diesen Fakten kommt die **FDP** mit einem Antrag „**Mindestlohndokumentation vereinfachen – Bürokratie abbauen**“ im Deutschen Bundestag um die Ecke. In meiner Rede habe ich klar gemacht: „Unnötige Bürokratie braucht kein Mensch; die bauen wir auch gerne ab.“

So sieht die „Bürokratie“ bei der Dokumentationspflicht beim Mindestlohn aus: Beginn, Ende und Dauer der täglichen Arbeitszeit.

„Es braucht kein digitales Aufzeichnungssystem und keine Zeiterfassung. Es braucht nur einen Stundenzettel, auf dem das Datum sowie Beginn und Ende der Arbeitszeit stehen – das kann man sich selber herstellen –, und einen Kugelschreiber oder einen Bleistift. [...] Sie zahlen doch auch Löhne aus und schreiben Rechnungen. Wie führt man ein Geschäft, wenn das ein großer Aufwand sein soll?“

Meine ganze Rede sehen Sie beim Klick auf's Bild

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



KLR TXT

KÄMPFEN FÜR DEN MINDESTLOHN

Ich habe nichts gegen politische Auseinandersetzungen. Im Gegenteil: Sie bereichern die Demokratie, schaffen Unterscheidungsmöglichkeiten und regen zur Diskussion an. Was ich allerdings nicht verputzen kann, ist, wenn von hinten durch die Brust ins Auge geschossen wird.

Ein Beispiel: Die FDP stellte im Bundestag den Antrag, die Bürokratie beim Mindestlohn abzubauen. Sie will auf die Aufzeichnungspflichten verzichten und dadurch den Mindestlohn de facto abschaffen. Unnötige Bürokratie baue ich gerne ab. Sie ist wie Blindleistung in der Elektrotechnik. Man muss sie bezahlen und hat nichts davon.

Die Aufzeichnung der täglichen Arbeitszeit ist allerdings keine unnötige Bürokratie sondern eine wichtige Notwendigkeit. Wie kann sonst die Arbeitszeit bezahlt werden? Wie wird sichergestellt, dass Pausen gemacht wurden und dass das

Arbeitszeitgesetz eingehalten wird?

Wir lassen uns nicht beirren. Der Mindestlohn ist eine Erfolgsgeschichte. In diesem Sommer feiern wir den fünften Geburtstag des Mindestlohns. Jetzt wird es Zeit, dass dieser stark steigt. Wir brauchen eigentlich 12,70 Euro die Stunde und wir brauchen einen stärkeren Zoll. Die Kolleginnen und Kollegen beim Zoll machen einen sehr guten Job. Wir stocken das Personal auf, geben Ihnen mehr Befugnisse und vereinfachen manchen Bürokratiewust durch bessere Verfahren. Das ist gut für unseren Mindestlohn und für viele Menschen. Gut, dass wir regieren.

Übrigens: Das dumme, sogenannte Bürokratieabbaugesetz kommt auch von Wirtschaftsminister Altmeier. Der soll sich um wichtigere Dinge kümmern. Arbeit hätte er genug.

Und noch etwas fällt mir ein: Manch CSU-Abgeordneter, der vom Mindestlohn soviel versteht wie die Kuh vom Sonntag, mischt sich auch noch ein und will auch etwas dazu sagen. Es fällt nur niemand darauf rein.

GEGEN MISSBRAUCH VON LEIHARBEIT

Beim Bundeskongress Zeitarbeit 2019 des Interessenverbands Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ) habe ich in der Diskussion mit Moderatorin Anke Plättner und MdB Michael Theurer (FDP) die Reform der Arbeitnehmerüberlassung verteidigt.

Die Reform sei pure Ineffizienz und Ressourcenverschwendung, sagt der iGZ-Vorsitzende.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und eine Höchstüberlassungsdauer sind nur fair und geben den Beschäftigten eine Perspektive. Dafür habe ich von den Vertreterinnen und Vertretern der Leiharbeitsbranche keinen Applaus bekommen. Aber richtig ist es trotzdem.



EINLADUNG

Infos & Diskussion: Sie sind herzlich eingeladen

EUROPA: Gut für Franken!

Uli Maly

Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg

Kerstin Westphal

fränkische Europa-Abgeordnete

Freitag, 26. April

14 bis 16 Uhr

Marktheidenfeld

Hotel „Schöne Aussicht“

Initiative

fränkische Europa-Abgeordnete

SPD

SPD

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



IM EINSATZ FÜR GUTE ARBEIT

Gute Arbeitsbedingungen und die Weiterentwicklung des Sozialstaats sind die Themen, die SPD und Gewerkschaften vereinen. Und weil uns ein **regelmäßiger Austausch** wichtig ist, traf ich zusammen mit meinem Kollegen aus dem bayerischen Landtag, Volkmar Halbleib, vor Kurzem **DGB-Vertreter aus der Region**.



Seit' an Seit' - SPD und DGB - für die Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung (v.l.): DGB-Regionssekretär Viktor Grauberger, MdB Rützel, DGB-Geschäftsführer Unterfranken Frank Firsching, MdL Halbleib und DGB-Kreisvorsitzender für Aschaffenburg und Miltenberg, Björn Wortmann.

In vielen aktuell diskutierten Themen besteht große Einigkeit:

- **Grundrente:** Wer 35 Jahre gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, verdient eine Rente oberhalb der Grundsicherung – ohne Wenn und Aber.
- **Tariftreue:** SPD-Position ist, dass Bayern mit gutem Beispiel voran gehen und öffentliche Aufträge künftig nur noch an tarifgebundene Firmen vergeben werden sollte. Die Landtagsfraktion der SPD hat dazu einen Antrag eingebracht.
- **Digitalen Wandel** in der Arbeitswelt gestalten.

Einen ausführlichen Bericht
finden Sie auf meiner Homepage
www.bernd-ruetzel.de



Auch auf der **Betriebsversammlung der Postbeschäftigten der Service-Niederlassung Kundentelefon** in Würzburg (oben) und bei einer Versammlung der **SPD Hersbruck** (unten), bei der ich als Referent zu Gast war, war die digitale Transformation der Arbeitswelt das bestimmende Thema. Aufhalten können wir die Entwicklung nicht. Deshalb gestalten wir sie lieber – zum Wohle der Beschäftigten. Ein Recht auf Arbeit im Homeoffice gehört hier ebenso dazu, wie ein Recht auf Nichterreichbarkeit.



Der **DGB** hat eine **Unterschriftenaktion für eine Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung** gestartet. Diese unterstützen wir als SPD.

Mit **Klick auf's Bild** kommen Sie zur Petitionsseite. Dort können Sie Ihre Stimme online für die Grundrente abgeben.



Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



ZU BESUCH IN SCHWABEN

Bei meiner Bundestagskollegin **Ulrike Bahr** im bayerischen Regierungsbezirk Schwaben — genauer in Nördlingen — informierte ich mich über ein besonderes Inklusionsprojekt: den örtlichen **CAP-Markt**.

Am Abend diskutierten wir dann noch mit über 50 interessierten Bürgerinnen und Bürgern über die Perspektiven guter und sicherer Arbeit sowie die Ausgestaltung einer fairen Rente.



Vor dem Nördlinger CAP-Markt (v.r.): MdB a.D. Gabriele Fograscher, OB Kandidatin Rita Ortler, Stefan Heilbronner (Leiter des Dienstleistungsbetrieb der Lebenshilfe Donau-Ries ROKO), Marktleiter Jürgen Maier, Alerheimer Bürgermeister und SPD-Kreisvorsitzender Christoph Schmid, MdB Ulrike Bahr und ROKO-Geschäftsführer Erich Geike.



Mit dabei im Schloßle Nördlingen (v.l.) Christoph Schmid (Bürgermeister von Alerheim), Bernd Rützel, Ulrike Bahr, Rita Ortler (Fraktionsvorsitzende Nördlingen, Stadträtin und selbständige Künstlerin) und Georg Wiedemann (Personalratsvorsitzender Bayerisches Rotes Kreuz).

Für mich als Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales war das ein sehr bereichernder Besuch. Denn die CAP-Märkte sind echte Vorzeigeprojekte und insgesamt ein Erfolgsmodell! In ganz Deutschland gibt es über 100 Filialen.

Der Name leitet sich von „Handicap“ ab, der englischen Bezeichnung für Benachteiligung. In den Märkten arbeiten Menschen mit und ohne Behinderungen gemeinsam. Sie bieten Arbeitsplätze außerhalb der Werkstatt, auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt, für Menschen mit geistiger, psychischer und körperlicher Behinderung. Eine tolle Sache für alle Beteiligten.

Meine Standpunkte sind klar:

1. Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung jetzt!
2. Wenn sich Berufsbilder verändern und Tätigkeiten automatisiert werden, wollen und müssen sich die Beschäftigten fit machen für neue Herausforderungen. Mit dem Qualifizierungschancengesetz hat der Deutsche Bundestag einen umfassenden Zugang zu Weiterbildungsförderungsmaßnahmen eröffnet. **Alle Infos gibt's hier.**



Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



UNTERWEGS IM WAHLKREIS

WEGWEISER FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Die neue Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung und deren Angehörige, nur 100 Meter von meinem Bürgerbüro entfernt in der Gemündener Altstadtpassage, ist gut angelaufen. Das erzählte mir Fachberaterin Silvia Glassen bei meinem nachbarschaftlichen Besuch.

Ziel der „Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung“ (EUTB) ist es, im Dschungel der vielen unterschiedlichen Hilfs- und Fördermittel für Menschen mit Behinderung oder von Behinderung bedrohten Menschen als Wegweiser zu dienen.



„Als Laie bei der großen Vielfalt an Unterstützungsmaßnahmen und Anlaufstellen den Durchblick zu behalten, ist keine Selbstverständlichkeit“, weiß Glassen. Deshalb würden Unterstützungsangebote häufig nur gering oder gleich gar nicht in Anspruch genommen. Manche Eltern, die ein Kind mit Behinderung haben, wüssten beispielsweise gar nicht, dass für sie auch ein Schwerbehindertenausweis beantragt werden könne.

Ich kenne die Problematik ebenfalls aus Sprechstunden und Gesprächen mit betroffenen Menschen und finde es gut, dass dieses Beratungsangebot

vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert wird. Aufgabe von EUTB ist es nun, die zahlreichen Einzelmittel und Fördermöglichkeiten zusammenzubringen und den Ratsuchenden in individuellen Beratungsgesprächen die passenden Hilfsmittel an die Hand zu geben.

Menschen mit Behinderung oder von einer Behinderung bedrohte Menschen und deren Angehörigen können sich unter 09351 604 1323 an Frau Glassen wenden. Dienstags findet zudem eine offene Sprechstunde von 14 bis 16 Uhr in der Altstadtpassage 2 in Gemünden statt. Die Beratung ist kostenfrei.



+++ Info-Truck zur Europawahl +++ Info-Truck zur Europawahl +++ Info-Truck

KOMMT ZUSAMMEN!

Rede und Antwort rund um Europa

Mit Bernd Rützel, MdB

25. April Adenauer Platz
10–11:30 Uhr Marktheidenfeld

Informationen zu EUROPA
vom Ortsverein Marktheidefeld, spd-marktheidenfeld.de

#EUROPAISTDIEANTWORT

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



JUGEND UND POLITIK

Ich fördere gerne das politische Interesse junger Menschen. Als Abgeordneter des Deutschen Bundestages habe ich vielfältige Möglichkeiten, das zu tun. Diese nutze ich, um die Interessen und Meinungen der Jugendlichen auf- und mitzunehmen.



Oben: Im Rahmen der „Woche der JugendvertreterInnen“ der SPD-Bundestagsfraktion begleitete mich **Julius Glaser aus Mömbris** fünf Tage lang durch meinen politischen Alltag in Berlin. Glaser nahm für den Bundesjugendring teil, in dem er über die Schönstatt-Mannesjugend Mitglied ist. Dort engagiert er sich beim jährlichen Zeltlager und leistet Verbandsarbeit für Jugendliche.



Links oben: Im Gespräch mit TeilnehmerInnen des Jugendmedienworkshops, veranstaltet von der Jugendpresse Deutschland, der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Deutschen Bundestag, haben wir über die Parteien und deren Ziele debattiert. Wir haben festgestellt: Es gibt gehörige Unterschiede.



Eine große Freude ist es mir immer wieder **PraktikantInnen** einen Einblick in meine Arbeit und die meiner Büroteams zu ermöglichen. Dabei sind die SchülerInnen und StudentInnen nicht mit Kaffeekochen oder ähnlichem beschäftigt, sondern direkt vom ersten Tag an voll in die Arbeit eingespannt. Toll ist es dann, wenn man ein positives Feedback bekommt, wie von **Can Kurter**, meinem letzten Praktikanten. Er hat sogar eine Stunde Anfahrt von Wertheim in mein Wahlkreisbüro in Gemünden für das Praktikum auf sich genommen. Hut ab vor so viel Engagement. Sein kompletter Bericht ist hier zu lesen: <https://bernd-ruetzel.de/news/danke-can/>



Klassen der **Mittelschulen Frammersbach** (oben) und **Gemünden** (unten) waren auf meine Einladung hin zu Gast im Reichstag.



Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



100 JAHRE BÄCKERINNUNG MILTENBERG

... ist ein sehr guter Grund zum Feiern. Gerade wir in Franken sollten unsere traditionellen Spezialitäten zu schätzen wissen: Brot, Weck, Wurst und Wein - ein unübertroffenes kulinarisches Quartett, das es ohne Wenn und Aber zu erhalten gilt. Hierzu leistet die Innung einen wichtigen Beitrag.

Herzlichen Dank für das Engagement (in) der Bäckerinnung, Glückwunsch zum Jubiläum und alles Gute für die nächsten 100 Jahre.



100 JAHRE SPD SYLBACH (HAßFURT)

Auf stolze 100 Jahre Geschichte kann die **SPD Sylbach** zurückblicken. Keine andere Partei kann solche Jubiläen feiern wie wir. Ich ging in meiner Festrede auf die langjährige Tradition unserer SPD ein. Gleichzeitig erinnerte ich aber auch an die Widrigkeiten mit denen SPD-Anhänger in den Gründerjahren zu kämpfen hatten. So gab es vor einem Jahrhundert noch keine Pressefreiheit. Wenn damals etwas über die Sozis geschrieben wurde, dann war es nichts Gutes. Also gründeten die GenossInnen damals eigene Zeitungen wie. z.B. den Fränkischen Volksfreund in Würzburg. Zusammen mit meiner Bundestagskollegin Sabine Dittmar durfte ich auch langjährige Mitglieder für ihre Treue und ihr Engagement ehren (Bild v.l.): Stellvertretende Ortsvereinsvorsitzende Roswitha Krauser, Emma Krämer (30 Jahre Parteizugehörigkeit), Sabine Dittmar MdB, Theo Kempf (55 Jahre), August Werner (55 Jahre), Kreisvorsitzender Wolfgang Brühl und Ortsvereinsvorsitzender Reiner Greich (10 Jahre).



Zum Bericht in der Main-Post: [Klick auf's Bild](#)

ERÖFFNUNG DORFLADEN RIEN-ECK

Das ehemalige Kaufhaus Welzenbach in Rieneck ist jetzt „Unser Laden“ und heißt „Rien-Eck“.

Klar, dass ich als gebürtiger Rienecker bei der Eröffnung dabei war und auch Anteilseigner bin. Ende März hatten Hermann und Lore Welzenbach nach



50 Jahren ihr Kaufhaus geschlossen.

Schon zuvor hatten sich die Rienecker zusammengesetzt, mit dem Ziel einen Einkaufsladen im Ort zu erhalten.



Über 400 Haushalte und sieben örtliche Vereine sind jetzt am Laden finanziell beteiligt. Mal ganz zu Schweigen vom großen ehrenamtlichen Engagement bei der Umgestaltung des Ladens. Das Geschäft ist übrigens sehr gut angelaufen. So kann's weiter gehen. Herzlichen Dank an alle Unterstützerinnen, Förderer und Engagierten!

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



FABIANS POST AUS DEN USA



Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – das ermöglicht das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP). Auf meine Einladung mit dabei: Fabian Haas aus Neunkirchen-Richelbach, Lkr. Miltenberg. Hier sein aktueller Bericht:

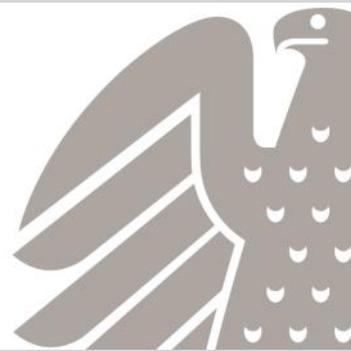
Letzten Monat habe ich wieder einige Dinge mit der Jugendgruppe meiner Kirche unternommen. Mein Highlight war, als wir Ende März für ein Wochenende nach Alvord gefahren sind, eine kleine Stadt im Nordwesten von Texas. Wir haben auf einer Farm übernachtet und sind angeln, wandern und reiten gegangen. Anfang April hatten wir eine sogenannte „sweets and treats auction“, bei welcher Mitglieder der Kirche verschiedene Desserts, wie zum Beispiel Pies oder Brownies gebacken haben, die wir wiederum verkauft haben. Das Geld, das wir an diesem Tag eingenommen haben, wird für den nächsten Trip im Sommer genutzt. Ende März war ich außerdem auch auf einem Picknick meiner Organisation AFS, zu dem jeder etwas zuhause gekocht und mitgebracht hatte. Es war schön, einmal wieder mit den anderen



Austauschschülern Zeit zu verbringen, und sich über die vergangenen Wochen auszutauschen. Meine Gasteltern sind für ein paar Tage Urlaub nach Costa Rica geflogen, wodurch ich für ein Wochenende mit meinen Gastgeschwistern alleine zuhause war. Wir sind auf ein Gitarrenkonzert meines Gastbruders gegangen, und haben viel Zeit miteinander verbracht. Auch das Schuljahr neigt sich dem Ende zu, und dort werden wir derzeit hauptsächlich für anstehende Tests und College Bewerbungen vorbereitet.

Last month I did a lot of things with my church youth group again. My highlight was a trip to Alvord, which is in the northwest of Texas, where we stayed for one weekend. We stayed at a farm, and we did fishing, hiking and horseback riding. The stepmother of the coordinator of my youth group owns the farm, and she has seven dogs, horses, and some chickens for instance. In April we also had a so called „sweets and treats auction“, where members of the church prepared different desserts, like pies or brownies, that we sold. The money that we made this day will be used for the next mission trip in summer. In March there was also a picnic, that my exchange organisation AFS had organized, where everyone prepared food at home and took it to the picnic. My host parents went on vacation to Costa Rica for a few days, so I was alone at home with my host siblings for one weekend. We went to my host brother's guitar concert, and spend a lot of time together. The school year is also going to end soon, so my teachers mainly prepare us for tests and college applications.

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



EUROPAWAHL 2019

Am 26. Mai ist Europawahl! Daher berichtet unsere **Europaabgeordnete Kerstin Westphal** über Aktuelles aus der Europapolitik berichten und warum diese Wahl auf Jahre hinaus richtungsweisend sein wird für die Zukunft der EU.



Mehr zur Europapolitik:
www.kerstin-westphal.de

Starke Regionen für ein starkes Europa

Liebe Leserinnen und Leser,

Es ist wichtig, dass die Menschen sehen: Die EU investiert mit Ihren Steuergeldern in die Zukunft Ihrer Stadt oder Heimatregion. Die zwei größten Strukturfonds der EU, der Fonds für regionale Entwicklung und der Kohäsionsfonds, bekommen neue Regeln. Das EU-Parlament hat dazu kürzlich seine Position festgelegt. Innovativ, grün und sozial sollen die Projekte sein.

Die beiden Fonds stehen für rund ein Viertel des EU-Budgets. Bei allen EU-geförderten Projekten muss ein klarer Fokus auf Innovation, auf der Schaffung und dem Erhalt von Jobs und auf dem Kampf gegen den Klimawandel liegen. In diesen Feldern müssen wir die Städte und Regionen im nächsten Jahrzehnt unterstützen, denn Europa braucht starke Regionen, in denen die strukturellen Veränderungen sozialverträglich bewältigt werden.

Es gibt jedoch auch einige Ausnahmen. Ich hätte mir zum Beispiel gewünscht, dass wir die Finanzierung von Regionalflughäfen ausnahmslos verbie-

ten, hier haben aber die Konservativen im Parlament gebremst. Sinnvoll wäre hingegen, dass alle Regionen etwa ein Drittel der Gelder für den Kampf gegen den Klimawandel einsetzen müssen. Denn alle Regionen Europas müssen Anstrengungen unternehmen, um das Klima zu schützen.

Vereinfachung für Anträge aus Deutschland

Regionen, die seit Jahren EU-Fonds verwalten und dabei alle Vorschriften berücksichtigt haben, sollen in Zukunft weniger strengen Kontrollen seitens der Behörden unterliegen. Für die meisten deutschen Programme ist das der Fall, daher wird diese Regelung gerade in Deutschland für einen deutlichen Bürokratie-Abbau sorgen.

Der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung und der Kohäsionsfonds sind die größten Investitionsmittel in Europa. Das Europäische Parlament fordert für beide Fonds 272 Milliarden Euro (226 Milliarden für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, 46 Milliarden für den Kohäsionsfonds). Nach der Abstimmung im Parlament werden - in der neuen Legislaturperiode - die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten beginnen.

Ihre Kerstin Westphal

Was tut die EU in meiner Region?

Hier nachlesen:

[Miltenberg - Main-Spessart](#)

[Aschaffenburg - Würzburg](#)

[Landkreis Aschaffenburg](#)

[Landkreis Würzburg](#)

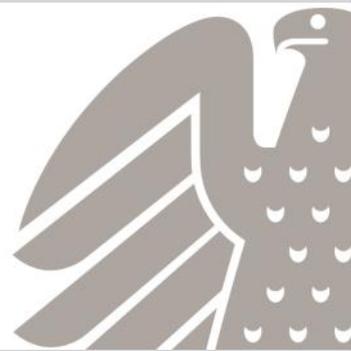
Europabüro Würzburg Kerstin Westphal, MdEP

Semmelstraße 46R, 97070 Würzburg

Tel: 0931 - 45 25 31 28 | Fax: 0931 - 45 25 31 29

e-mail: augustin@kerstin-westphal.de

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



GASTBEITRÄGE UNSERER MdLs

Martina Fehlner

Forstpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

Abgeordnete für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost, Main-Spessart und Miltenberg



Digitalisierungsoffensive an Bayerns Schulen droht zu scheitern – BayernSPD-Landtagsfraktion fordert verlässliche Förderung

Liebe Leserinnen und Leser,

die bayerischen Kommunen fühlen sich bei ihren Bemühungen zur Digitalisierung an den Schulen von der Staatsregierung zunehmend im Stich gelassen. Die SPD-Landtagsfraktion hat deshalb den Freistaat aufgefordert, eine verlässliche Förderung der Kommunen beim Digitalpakt sicherzustellen.

Kommunen müssen zum Teil sogar befürchten, bereits fest eingeplante Fördermittel nun doch nicht zu erhalten, weil der Freistaat die Förderprogramme für das sogenannte Digitalbudget, das bis 2020 laufen soll, schon jetzt als abgeschlossen sieht. Das ist verantwortungslos und eine Vollbremsung in einem der wichtigsten Zukunftsbereiche für die Schulen.

Der Verweis des Freistaats auf die vereinbarten Bundesmittel hilft da nur wenig, da diese eigentlich „on top“ dazukommen sollten und hinsichtlich der Endgeräteausstattung auch nur in einem Umfang von maxi-

mal 20 Prozent genutzt werden könnten. Wenn die Staatsregierung bei ihrer Haltung bleibt, würde das dazu führen, dass die Sachaufwandsträger in 2019 und 2020 keine Förderanträge mehr stellen können.

Die heranwachsenden Generationen können und sollen kein medienfreies Leben führen. Daraus folgt aber die gesellschaftliche Verpflichtung, alle Kinder von klein auf für das Leben insbesondere mit den digitalen Medien fit zu machen. Die Förderung von Medienkompetenz muss also das vorrangige medien- und gesellschaftspolitische Ziel sein. Es kann nicht sein, dass die Staatsregierung die Städte, Landkreise und Gemeinden mit dieser Mammutaufgabe alleine lässt.

Schnelles Internet für alle Schulen

Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich zudem dafür ein, dass alle Schulen in Bayern möglichst schnell IT-Systembetreuer und schnelles Internet erhalten. Einen entsprechenden Antrag hatten CSU und Freie Wähler im Bildungsausschuss des Landtags kürzlich abgelehnt. Hier werden wir aber weiterhin dran bleiben, um gleiche Standards in ganz Bayern zu erreichen. Auch der Bayerische Städtetag hatte vor wenigen Wochen angemahnt, der Freistaat müsse seiner Mitverantwortung für die digitale Infrastruktur an Schulen „stärker als bislang gerecht werden“.



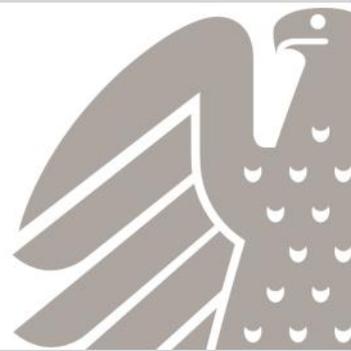
Ziel der SPD-Landtagsfraktion: Alle Schulen in Bayern so ausstatten, dass sie die gleichen digitalen Standards haben und über dieselbe Infrastruktur verfügen. Nur so ist eine angemessene und gleichwertige digitale Ausbildung gewährleistet.

Herzlichst

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604
buergerbuero@martina-fehler.de

Mein NEWSLETTER aus Unterfranken & Berlin



GASTBEITRÄGE UNSERER MdLs

Volkmar Halbleib

Parlamentarischer Geschäftsführer
der SPD-Landtagsfraktion

Stellv. Vorsitzender der SPD-
Landtagsfraktion

Kulturpolitischer Sprecher der SPD-
Landtagsfraktion

Abgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter für WÜ-
Stadt, Stadt und Landkreis Schweinfurt sowie die Landkreise
Bad Kissingen, Haßberge, Kitzingen, Rhön-Grabfeld



Drohende Unterfinanzierung der Volkshochschulen und der Straßen verhindern

Liebe Leserinnen und Leser,

zwei ganz unterschiedliche „Baustellen“ treiben mich gerade um. Auch wenn Erwachsenenbildung und Staatsstraßen erstmal nicht viel miteinander zu tun haben — beide sind chronisch unterfinanziert und für beide wurden Mittel von CSU/FW versprochen, die jetzt nicht fließen.

Wir müssen die strukturelle Unterfinanzierung der Volkshochschulen endlich beseitigen und die Erwachsenenbildung neu aufstellen: Mit dem Bayerischen Erwachsenenbildungsförderungsgesetz, das am 1. Januar 2019 in Kraft trat, hat der Landtag in einem einhelligen Beschluss gefordert, die Finanzierung der Volksbildung in Bayern deutlich zu erhöhen. So sollte die institutionelle Förderung um vier und dann nochmals um fünf Millionen Euro in den kommenden Jahren erhöht werden. Leider ist im aktuell von der Staatsregierung vorgelegten Entwurf des Doppelhaushaltes allerdings für 2019 lediglich ein Mehr von 3,7 Millionen ausgewiesen, für 2020 sind sogar nur 0,5 Millionen Euro zusätz-

lich vorgesehen. Um diese Schieflage zu beenden, die die Arbeit der Träger und Einrichtungen der Erwachsenenbildung seit Jahren bedroht, will ich mit der SPD-Fraktion im Landtag die zugesagten Verbesserungen durchsetzen. Auch in der Region Mainfranken brauchen wir Erwachsenenbildung. Lebenslanges Lernen vor Ort mit alternativen und vielfältigen Angeboten ist notwendiger denn je.

Eine internationale Bildungsstudie in 24 Ländern (PIACC) hat außerordentlich schlechte Werte für die Grundbildung ergeben. Nahezu jeder fünfte Erwachsene in Bayern kann nicht richtig lesen und schreiben. Laut der PIAAC-Studie sind in Deutschland 17,5 Prozent der Erwerbstätigen „funktionelle Analphabeten“, die dringend Förderung und Hilfe bräuchten. Auch gesellschaftspolitisch ist es ein Armutszeugnis, wenn so viele Menschen durchs Raster fallen, denn die soziale Herkunft bestimmt auch noch im Erwachsenenalter den Bildungsstand der Menschen.

Staatsstraßen müssen saniert werden

Die kürzlich vom Bayerischen Oberen Rechnungshof (ORH) veröffentlichten Zahlen sind eindeutig: 38 Prozent der Staatsstraßen sind in einem sanierungsbedürftigen Zustand, 22 Prozent geben Anlass zu intensiver Beobachtung. Der Nachholbedarf für Infrastrukturmaßnahmen auf der Schiene beläuft sich laut ORH mittlerweile auf zwei Milliarden Euro. Brücken und Staatsstraßen gammeln ohne ansehbare Besserung vor sich hin und werden damit zur Bürde für kommende Generationen – bei uns vor Ort. Um diese „Baustellen“ Schritt für Schritt zügig beseitigen zu können, braucht es das im Wahlkampf versprochene und nun vorenthaltene Geld.

Ihr/Euer Volkmar Halbleib, MdL

Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL
Sammelstraße 46, 97070 Würzburg
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030
buergerbuero-halbleib@t-online.de